

Wulf Gallert, Fraktionsvorsitzender

Rede zum Wahlkampfauftakt am 25. April 2009

Unserem heutigen Landesparteitag liegt mit dem Wahlauf Ruf „Original sozial“ ein Beschlusspapier vor, das kurz und bündig unsere wichtigsten Positionen für die anstehenden Wahlen zusammenfasst. Wir sind uns unserer Verantwortung bewusst, in diesen Wahlen als die entscheidende soziale Kraft in Sachsen-Anhalt unsere politischen Ansprüche unter Beweis zu stellen.

Wenn wir also in den nächsten Wochen für einen Wahlerfolg bei den Kommunal- und Europawahlen kämpfen, geht es eben nicht schlechthin darum, als Partei stärker zu werden und unser Gewicht zu vergrößern, sondern es geht darum, politische Alternativen zu der Politik, die zu Krise und Rezession geführt hat, durchsetzungsfähig zu machen.

Diese Verantwortung bedeutet, mit alternativen Konzepten, verlässlichen Grundsätzen und kompetentem Personal den Wählerinnen und Wählern in Sachsen-Anhalt ein überzeugendes politisches Angebot zu machen.

Dies ist umso wichtiger, als dass die ersten Auswirkungen der Krise eine gewisse Vorahnung für das, was da noch kommen wird oder kommen kann, bei den Menschen hinterlässt. Und wir wissen aus historischer Erfahrung auch, dass in einer solchen Situation wachsender Angst und Unsicherheit rechtsextreme Parolen auf fruchtbaren Boden fallen, wenn ihnen DIE LINKE keine fassbare und realistische Alternative bietet.

Natürlich wissen wir, dass vor allem in den Kommunen politische Spielräume oftmals eingeschränkt sind und politische Grundsätze selten eins zu eins in alternative Konzepte münden können. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, dort, wo DIE LINKE antritt, egal, ob für einen Ortschaftsrat oder für das Europa-Parlament, muss sie für die Menschen erkennbar sein. Erkennbar als die original soziale Kraft, erkennbar als engagierte Streiterin für die Menschen, deren Lebensqualität und Lebenschancen in dieser Gesellschaft zunehmend beschnitten werden. Hier ist Glaubwürdigkeit in doppeltem Sinne gefragt. Zum einen Glaubwürdigkeit in unserem Bestreben für soziale Gerechtigkeit und eine solidarische Gesellschaft als Alternative zur neoliberalen Ellenbogengesellschaft. Glaubwürdigkeit allerdings auch bei der Umsetzbarkeit unserer politischen Konzepte und Positionen, Glaubwürdigkeit in dem Sinne, dass die Wähler vor Ort uns nicht nur abnehmen, die richtigen Dinge zu wollen, sondern diese auch umsetzen zu können. Diesen Beweis wird jede und jeder unserer fast 1500 Kandidatinnen und Kandidaten für die anstehenden Kommunalwahlen selbst erbringen müssen. Aber sie stehen nicht allein. Sie haben die Unterstützung unserer gesamten Landespartei, damit natürlich auch die Unterstützung der Landtags- und Bundestagsabgeordneten, natürlich die der Genossen in den Kreisverbänden und Basisorganisationen. Dieser Wahlkampf ist genau wie die Bundestagswahl am 27. September die zentrale Herausforderung für unsere gesamte Partei in Sachsen-Anhalt, und wie wir diese Aufgaben gemeistert haben, werden uns die Wähler bescheinigen.

Liebe Genossinnen und Genossen, natürlich wissen wir, dass wirklich gestaltende Kommunalpolitik weder in den letzten Jahren noch unmittelbar vor dieser Kommunalwahl wirklich gute Voraussetzungen hat.

Dies ist im gleichen Maße Ergebnis einer verfehlten Bundes- und Landespolitik, welche die finanziellen und inhaltlichen Spielräume der kommunalen Engagierten immer weiter einengte. Dazu gehört natürlich zuallererst eine Steuerpolitik, die in den letzten 15 Jahre dafür gesorgt hat, dass der Staat trotz wachsender Aufgaben immer ärmer wurde und sich die Lasten innerhalb des Steueraufkommens immer stärker zu Ungunsten der Lohnabhängigen sowie Rentnerinnen und Rentner verändert haben. Ich will das an dieser Stelle nur kurz erwähnen, weil für diese Politik stärker noch als die CDU die SPD verantwortlich war, die Partei, die nun auf einmal die Erhöhung des Spitzensteuersatzes und eine Börsenumsatzsteuer für sich entdeckt hat, was im besten Fall tätige Reue, in Wahrheit aber wohl wieder nur ein leeres Wahlversprechen ist.

Gerade in der aktuellen Situation der Wirtschaftskrise ist es wichtig, als Politik handlungsfähig zu sein. Die neuesten Hiobsbotschaften der Wirtschaftsinstitute haben uns erst in dieser Woche erreicht. Aber anstatt konsequent zu handeln und entsprechend unserer Forderung und denen der Gewerkschaften ein wirksames Konjunkturprogramm in Höhe von 100 Mrd. Euro aufzulegen, zuckt die Bundesregierung von CDU und SPD mit den Schultern und rechnet sich ihre bisherigen Konjunkturmaßnahmen schön, die sich zum großen Teil gegenseitig neutralisieren, wenn man z. B. die Folgen der Steuerentlastung für die kommunalen Haushalte sieht.

Auffällig ist in dem Zusammenhang, dass genauso wie auf der Bundesebene, auch auf der Landesebene DIE LINKE und die DGB-Gewerkschaften diejenigen sind, die für ein aktives Gegensteuern eintreten, während CDU und SPD ausdrücklich auf die Bremse treten. Wie auf der Bundesebene, so sitzt auch im Land der jeweilige SPD-Finanzminister auf der Ausgabenbremse, ja, in Sachsen-Anhalt scheint es sogar so, dass selbst die Intervention der Bundesregierung schon zu viel ist. Wir sollten sowohl die politische Übereinstimmung mit den Gewerkschaften, als auch die Unterschiede zur politischen Konkurrenz, also auch der SPD, in den nächsten Tagen öffentlich thematisieren. Ich glaube, der 1. Mai ist dafür kein schlechter Tag.

Die Spielräume der kommunalen Selbstverwaltung sind aber nicht nur durch die mangelnde Bereitstellung von Finanzen seitens des Bundes eingeengt worden. Die Landespolitik stand dem in nichts nach. Erst kürzte die CDU- und FDP-Regierung massiv die Finanzzuweisungen aus dem Finanzausgleichsgesetz, dann sagt eine CDU- und SPD-Regierung, dass dies alles noch viel schlimmer kommen wird. Nun verkennen auch wir nicht die Finanzsituation des Landes, die eine Wiederherstellung einer auch nur akzeptablen Finanzzuweisung an die Kommunen faktisch ausschließt. Aber wenigstens den Status quo, wie auf unserem Parteitag 2007 beschlossen, der muss den Kommunen gesichert bleiben. Weitere Einschnitte zur Sanierung des Landeshaushaltes lehnen wir definitiv ab und werden bei den Beratungen des Doppelhaushaltes dagegen kämpfen.

Die jetzige Landesregierung hat sich darüber hinaus jedoch auch an anderer Stelle gegenüber der kommunalen Ebene versündigt. Da haben wir zuerst die Gemeindegebietsreform, die sowohl in ihrer ursprünglichen Zielstellung der zwangsweisen flächendeckenden Einführung von Einheitsgemeinden, wie auch durch ihre chaotische Umsetzung im Koalitions-Dauerclinch zwischen CDU und SPD unseren Kommunen eine schwere Hypothek aufgeladen hat. Gerade bei den Kommunalwahlen in den Gemeinden haben wir deshalb nicht selten eine völlig unübersichtliche Situation.

Oftmals verstehen nur noch wenige Menschen, was und für welchen Zeitraum da überhaupt gewählt wird. Ortschaftsrat, Gemeinderat, Einheitsgemeinderat oder vielleicht auch schon Verbandsgemeinderat, vielleicht für fünf Jahre oder auch nur für fünf Monate, weil danach eine neue Gemeindestruktur entsteht.

Aber, liebe Genossinnen und Genossen, dafür sind wir beim besten Willen nicht verantwortlich. Wir haben bereits mit unserem Parteitagsbeschluss 2005 und schon zu Zeiten der Tolerierung im Jahr 2002 ein akzeptables und umsetzbares Konzept für die Gemeindestruktur in Sachsen-Anhalt vorgelegt. Wir haben auf die Fehler und Widersprüche der jetzigen Reform hingewiesen und aufmerksam gemacht, dies wurde von CDU und SPD ignoriert. Es wäre doch geradezu aberwitzig, wenn wir in einer solchen Situation das Feld gerade den Parteien überlassen, die dieses Chaos angerichtet haben.

Ein weiteres Feld des Versagens der Landespolitik gegenüber den Kommunen stellen die gescheiterte Funktionalreform und die Verteilung der Mittel aus dem Konjunkturpaket II dar. In beiden Fällen kommt das substanzielle Misstrauen der CDU-SPD-Koalition gegenüber den Kommunen in Sachsen-Anhalt zum Ausdruck. Während die CDU die Kreisgebietsreform 2007 mit der Möglichkeit einer substanziellen Aufgabenübertragung aus der Landesverwaltung in die Landkreise begründet hat, musste im Jahr 2008 derselbe Ministerpräsident Wolfgang Böhmer faktisch eingestehen, dass er mit diesem Vorhaben an der eigenen Landesverwaltung und der eigenen Koalition gescheitert ist. Noch gravierender kam dies bei der Verteilung der 475 Mio. Euro aus dem Konjunkturprogramm zum Ausdruck. Während andere Länder bis zu 80 % dieser Mittel pauschal an die Kommunen gaben, beweist Sachsen-Anhalt das größte Misstrauen aller Bundesländer gegenüber seinen kommunalen Vertretern. Hier wird nur ein Drittel dieser Gelder pauschal ausgereicht. Das ist bundesweit ganz klar die rote Laterne, das ist in dieser Deutlichkeit nicht nur ein Misstrauensbeweis, sondern kommt einer Geringschätzung kommunaler Entscheidungsgremien gleich, wie vor kurzem sogar ein Staatssekretär der Landesregierung, allerdings in seiner Funktion als Magdeburger Stadtrat, öffentlich zugegeben hat.

Liebe Genossinnen und Genossen, eine solche Missachtung der kommunalen Ebene von CDU und SPD muss am 07. Juni bestraft werden. Jede Stimme für die KandidatInnen der LINKEN ist eine Stimme für mehr kommunale Selbstverwaltung, für mehr Demokratie vor Ort, für mehr Bürgerbeteiligung in den Gemeinden und Landkreisen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben auf unserem letzten Landesparteitag ein Diskussionspapier zur räumlichen Gliederung der Öffentlichen Daseinsvorsorge verabschiedet. Inzwischen hat die Arbeitsgruppe Landesentwicklungsplanung unter Leitung von Uwe Köck dazu ein umfangreiches Kommunikationsmaterial entwickelt. Wir haben seit dem letzten Parteitag viel Zuspruch für unsere Positionen erhalten. Wichtig ist nun, dass wir dieses Konzept in den nächsten Wochen transportieren und die Menschen in Sachsen-Anhalt davon überzeugen. Nun ist uns auch klar, dass nicht jeder in Sachsen-Anhalt dazu unseren umfangreichen Beschluss lesen wird. Deshalb haben wir neben einer entsprechenden Internetpräsentation zu diesem Thema 11 verschiedene thematische Schwerpunkte in Form von Faltblättern aufbereitet und zwar so, dass sie auch für jeden interessierten Bürger nachvollziehbar sind.

Kernforderung bleibt dabei, die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse im Lande anzustreben. Keine Region darf in diesem Land abgehängt werden, nirgendwo darf es zu einer Abwärtsspirale aus Abwanderung, wirtschaftlich-sozialen und kulturellen Niedergang kommen.

Deshalb haben wir in unserem Vorschlag für fünf Planungsregionen fünf Oberzentren festgelegt und ein dichtes Netz von Mittelzentren als Rückgrat der Öffentlichen Daseinsvorsorge verankert.

Liebe Genossinnen und Genossen, CDU und FDP sehen in ihrem vorgelegten Landesentwicklungsplan die Dinge ganz offensichtlich anders. Dies kommt aus unserer Sicht auf skandalöse Art und Weise in der Herunterstufung der Stadt Halberstadt zum einfachen Mittelzentrum zum Ausdruck. Damit trifft man nicht nur diese Stadt, sondern den gesamten Harz, weil die Verankerung der oberzentralen Funktion nicht primär die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in der Stadt, sondern in der gesamten Region Harz in Frage stellt. Ähnlich stehen die Dinge bei der Weigerung von CDU und FDP, Stendal als eigenständiges Oberzentrum für die Altmark auszuweisen. Aber die Fehlentscheidungen der Landesregierung gehen weiter. Obwohl die Landesregierung in dem vorgelegten Landesentwicklungsplan mit Ausnahme der drei Städte Genthin, Havelberg und Querfurt unserem Vorschlag zu den Mittelzentren gefolgt ist, bleibt dies für die betroffenen Städte ein leeres Versprechen. In dem vorgesehenen neuen Finanzausgleichsgesetz spielen diese Zentrumsfunktionen überhaupt keine Rolle mehr, da geht es nur nach Einwohnerzahlen von 20.000 bzw. 25.000 Einwohnern. Im Grunde genommen könnten danach zwei Einheitsgemeinden, die nur aus kleineren Orten bestehen, miteinander fusionieren und würden dann dieselbe Förderung bekommen wie die Städte Stendal oder Wittenberg, ohne auch nur im Ansatz mittelzentrale Versorgungsfunktionen erfüllen zu müssen. Dies ist nahezu aberwitzig und beweist erneut die Konzeptionslosigkeit einer Landesregierung, in der das Raumordnungsministerium Mittelzentren vorschlägt, die das Innenministerium fleißig ignoriert. Dann wäre es schon konsequenter für diese Landesregierung, sich von der Landesentwicklungsplanung gänzlich zu verabschieden, sie ist ja nicht einmal für die Kabinettsmitglieder ausschlaggebend.

Jede Stimme für die KandidatInnen der LINKEN ist deshalb eine Stimme für gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Land, eine Stimme für ein klares Konzept der Öffentlichen Daseinsvorsorge und eine Stimme gegen die Rat- und Planlosigkeit der Landesregierung von CDU und SPD.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben in diesem Sinne sechs profilbestimmende Merkmale unserer Partei im anstehenden Wahlkampf vorgeschlagen. Diese liegen Euch in unserem Papier „Original sozial“ heute zur Beschlussfassung vor. Wir knüpfen dabei an unsere Position der letzten Jahre, vor allem des Kommunalrahmenwahlprogramms von 2007 an, und es ist durchaus bemerkenswert, dass wir nicht wie andere Parteien klammheimlich unsere Schwerpunkte ändern müssen. Lasst mich in diesem Zusammenhang noch einmal etwas über unsere Herzensangelegenheit, dem Kampf gegen rechtes Gedankengut, sagen:

Sicher haben auch die meisten von Euch registriert, dass die Kandidaturen von rechtsextremen Parteien und Organisationen eher unter den Erwartungen liegen. Bemerkenswert ist dabei, dass die beiden Altmarkkreise, zumindest bei der Kreistagswahl, davon verschont werden. Dies kann durchaus auch auf das intensive Wirken unserer Genossinnen und Genossen dort zurückgeführt werden. Aber, und das will ich hier auch ganz deutlich sagen, niemand unter uns glaubt hier wirklich an eine Zurückdrängung von rechtsextremem und faschistischem Gedankengut. Dies existiert und entwickelt sich in Sachsen-Anhalt ohnehin weitgehend unabhängig von der NPD und wird von deren Krise oder auch nur möglichem Verbot kaum beeinflusst.

Und wir müssen zumindest darauf vorbereitet sein, dass die sich abzeichnenden Krisenszenarien die Existenzängste bei den Menschen in Sachsen-Anhalt wachsen lassen und dies ist immer ein Nährboden für den Faschismus. Deswegen bleibt für uns die Aufgabe, rechtsextreme Einstellungen und Positionen zu bekämpfen, auch und gerade dann, wenn sie nicht sofort erkennbar im Gewande von NPD oder DVU daherkommen.

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst mich an der Stelle, nachdem Harry bereits dazu gesprochen hat, nur einige Sätze zur Europawahl sagen. Wir wurden alle vor wenigen Wochen Zeuge eines perfiden Versuches, unsere Ablehnung zum Lissabon-Vertrag in die rechtsextreme Ecke zu stellen. Dies war und ist nicht nur verantwortungs- und charakterlos. Beim näheren Hineinsehen in unser Europawahlprogramm sind diese Vorwürfe schnell zu entkräften. Unser Bundesparteitag in Essen hat einige Entscheidungen gefällt, über die man sicher geteilter Meinung sein kann. Aber er hat, und das will ich hier ganz klar sagen, eine pro-europäische Aussage und damit eine klare Absage an die vermeintliche Alternative zum alles beherrschenden Nationalstaat getroffen. Dazu zählt u. a. die Forderung, dass die EU eine Regierung über die Wirtschaft sein muss und keine Regierung der Wirtschaft über die Politik. Dazu zählt die Forderung nach einer Steuerkompetenz der EU zur Vermeidung von Steueroasen, dazu zählt die Forderung der Ausweitung des EU-Budgets mit dem Ziel der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in der EU. Damit setzt DIE LINKE ganz klar ein Zeichen dafür, in dieser Krise die EU zu einem entscheidenden Instrument der politischen Intervention werden zu lassen. Dies unterscheidet uns übrigens ganz maßgeblich von der Bundesregierung, deren Konzepte nach wie vor nationalstaatlich begrenzt sind und im wesentlichen davon ausgehen, dass die USA und andere für uns die Kohlen mit ihren Konjunkturprogrammen aus dem Feuer holen.

Liebe Genossinnen und Genossen, nur am Rande: Wir wurden in den letzten Jahren immer als eine antiamerikanische Partei tituliert. Natürlich haben die USA bis heute genügend Anlass gegeben, dass deren Politik von LINKEN substantiell kritisiert werden muss. Aber eines will ich hier mit aller Deutlichkeit sagen: Antiamerikanismus, wie ihn die Bundesregierung in den letzten Wochen betrieben hat, gehörte nie zu unseren Positionen. Wenn Frau Merkel und Herr Steinbrück permanent behaupten, dass diese aktuelle Krise ausschließlich Schuld der Amerikaner sei und wir armen Deutschen nur unschuldige Opfer sind, ist diese Argumentation im gleichen Maße durchsichtig und gefährlich. Man versucht, von der eigenen Verantwortung und Politik abzulenken und nimmt dafür in Kauf, neue Feindbilder entstehen zu lassen.

Das, liebe Genossinnen und Genossen, dürfen wir in den nächsten Wochen nicht zulassen. Unsere Aufgabe wird es sein, die Verantwortung der Bundesregierung für die aktuelle Krise zu thematisieren. Egal, ob Dienstleistungsrichtlinie der EU oder die Liberalisierung der Finanzmärkte oder die versuchte Zerschlagung des Systems der öffentlichen Banken in Deutschland - überall standen die Bundesregierung und deutsche Lobby-Organisationen vor einem scharfen neoliberalen Kurs. Für all das tragen sie Verantwortung und wir werden leider die Einzigen sein, die dies in den nächsten Wochen thematisieren. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, das dürfen wir CDU, SPD, FDP und Grüne nicht ersparen.

DIE LINKE ist die Partei der sozialen Verantwortung, der sozialen Gerechtigkeit. Es ist für uns untragbar, wenn eine Gesellschaft wie die der Bundesrepublik sich über viele Jahre hinweg immer stärker sozial polarisiert. Die Reichen werden reicher und die Armen werden mehr. Kein Begriff hat sich in die kollektive Wahrnehmung dafür so eingepreßt, wie die Hartz-Gesetze, insbesondere Hartz IV, von der SPD entwickelt und umgesetzt.

Es gehört zu den Gründungsvoraussetzungen für unsere neue Partei, gegen diese Armut per Gesetz zu kämpfen und die Interessen der davon betroffenen Menschen konsequent zu vertreten. Dies sind übrigens, darauf will ich hier noch einmal hinweisen, sehr viel mehr, als die sogenannten Hartz IV-Empfänger. Betroffen sind davon auch diejenigen, die als Arbeitnehmer mit Lohndumping konfrontiert werden, weil jede berechnete Lohnforderung nicht selten mit der Aufforderung beantwortet wird, man könne sich ja auch in die Schlangen der ARGEN einreihen, wenn es einem hier nicht passt. Betroffen davon sind aber auch die Rentnerinnen und Rentner, deren Bezüge deswegen stagnieren oder sinken, weil der Ausbau des Niedriglohnssektors als Folge der Hartz IV-Gesetze die gesetzliche Rentenversicherung in den Ruin treibt. Und betroffen sind zuallererst, und das ist nach wie vor der größte Skandal, etwa ein Drittel aller Kinder und Jugendlichen in Sachsen-Anhalt, denen per Gesetz schon ab dem ersten Lebensjahr die Teilhabe an der Gesellschaft und Entwicklungsmöglichkeiten vorenthalten wird.

Ja, wir wissen, all dies können wir in dem Bereich der Kommunen nicht außer Kraft setzen. Aber wir können Handlungskonzepte und Forderungen entwickeln, wie wir den Betroffenen vor Ort in ihrer konkreten Lebenssituation am besten helfen können. Wir wollen im besten Sinne dieses Begriffes auch „Kümmerer-Partei“ sein. Wir haben aber darüber hinaus die Aufgabe als politische Partei, Konzepte zu erarbeiten und offensiv zu vertreten, die Situation spürbar zu verändern. Der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband hat vor kurzem vorgeschlagen, dazu regionale Armutskonferenzen durchzuführen. Sicherlich sind solche Veranstaltungen und Dinge, die weit darüber hinaus gehen, vielerorts schon gemacht worden. Aber wir sollten diese Anregung doch noch einmal aufnehmen, um vielleicht auch mit neuen Ansprechpartnern Netzwerke zu knüpfen und Bündnisse herzustellen.

Ich habe bereits am Anfang meiner Rede auf die schwierigen sozialen, ökonomischen und kulturellen Folgen der demografischen Entwicklung in unserem Land hingewiesen. Dies verpflichtet uns als Partei, als Sachwalter von Bildungs- und Kulturinstitutionen in den Kommunen, aktiv zu werden. Wir täuschen uns nicht darüber hinweg, dass sinkende Schülerzahlen beispielsweise Auswirkungen auf das Schulnetz haben. Wir haben uns aber in unserem Konzept zur räumlichen Gliederung der Daseinsvorsorge intensiv mit der Frage auseinandergesetzt, wie man Kultur und Bildung in der Region halten kann und nicht den Bevölkerungsverlust als Argument für deren Beseitigung missbraucht. Kultur- und Bildungseinrichtungen bekommen eine zentrale Bedeutung für die gesellschaftliche Verarbeitung der schweren Umbruchprozesse der Vergangenheit und der Gegenwart. Sie sind Stützpunkte der Zivilgesellschaft und Eckpfeiler einer solidarischen Gesellschaft. Ihre Funktionen gehen damit weit über ihr Dienstleistungsangebot im Engeren hinaus. In unseren kommunalen Entscheidungen lassen wir uns von dieser Kenntnis leiten und gestalten dementsprechend unsere Schwerpunkte. Ob beim Nordharzer Städtebundtheater, der Außenstelle einer Musikschule einer ehemaligen Kreisstadt oder bei öffentlichen Jugendeinrichtungen: Jede Stimme für eine Kandidatin oder einen Kandidaten der LINKEN ist somit eine Stimme für Bildung und Kultur vor Ort und gegen das Ausdünnen und Reduzieren dieser Angebote.

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst mich am Ende noch zu einem Thema reden, das leider planmäßig für das Jahr 2009 zu einem Wahlkampfthema gemacht worden ist, und zwar die Bewertung der DDR – 20 Jahre nach der politischen Wende. Ich sage leider, weil ich diesen Vorgang ausdrücklich als Missbrauch einer geschichtlichen Debatte einordne. Ganz offensichtlich wird hier Geschichte als Steinbruch für die politische Aufmunitionierung im Superwahljahr 2009 eingesetzt.

Ich halte das für einen fatalen Fehler, weil dadurch diese Debatte in die klassische Angriffs- und Verteidigungslogik gedrängt wird. Das ist eine Form der Auseinandersetzung, die einen notwendigen gesellschaftlichen Diskurs über die politische Geschichte des 20. Jahrhunderts und eine daraus resultierende gesellschaftliche Verständigung dazu nahezu unmöglich macht. Trotzdem müssen wir den Umstand zur Kenntnis nehmen, dass spätestens mit dem Beschluss des CDU-Bundesparteitages vom Dezember letzten Jahres eine solche Situation eingetreten ist. Wir reden hier also nicht nur über Hubertus Knabe oder Prof. Klaus Schroeder von der FU Berlin, wir reden über ein politisches Gesamtkonzept mit dem Ziel, ein verbindliches Geschichtsbild über die DDR zu verankern. Dazu nur ein kurzes Zitat aus dem CDU-Beschluss: „Die Partei DIE LINKE, die direkte Nachfolgerin der für Unterdrückung und Bespitzelung verantwortliche SED, propagiert ein Geschichtsbild, das die DDR als sozialistisches Großexperiment und nicht als menschenverachtendes totalitäres System zeichnet.“ Und weiter: „Wir lehnen die Zusammenarbeit mit der Partei DIE LINKE, den politischen Erben der totalitären SED, ab. 20 Jahre nach dem Ende der DDR darf es kein Vergessen und Verdrängen geben.“ Übrigens muss uns klar sein, dass diese Form der Instrumentalisierung der Geschichte nicht einmal primär als Wahlkampfinstrument gegen DIE LINKE gedacht ist. Sie soll uns viel mehr in den Status der Unberührbarkeit gegenüber der SPD setzen. Dies wäre letztlich inzwischen nicht nur im Osten Deutschlands eine Machtgarantie für die CDU. Diese Strategie ist bereits einmal aufgegangen, ich verweise in diesem Zusammenhang auf das Scheitern des Tolerierungsmodells in Hessen durch die vier SPD-Abweichler, die ihr Verhalten genauso begründet haben, wie es in dem CDU-Beschluss steht. Das sind die machtpolitischen Interessen, die hier eine entscheidende Rolle spielen, und das dürfen wir nicht vergessen.

Interessanterweise fallen mir dabei immer mehr Parallelen zur Geschichtsdebatte in der DDR auf. Auch dort besaß die Geschichtswissenschaft primär die Funktion der politischen Legitimation der gesellschaftlichen Verhältnisse. Auch dort reduzierte man die Geschichte der Menschheit weitgehend auf ein Positiv-Negativ-Schema, auf eine Geschichte der Klassenkämpfe.

Schauen Sie sich mir allerdings heute die dominierende Diskussion von Politikwissenschaftlern und Historikern an, erkenne ich diese bipolaren Denkstrukturen in klassischer Weise wieder. Hier gut, dort böse, hier Rechtsstaat, dort Diktatur oder Unrechtsstaat, und das Schema ist klar: Jeder, der hier nicht mitmacht, wird diskreditiert, wie erst vor kurzem der Ministerpräsident Sellering aus Mecklenburg-Vorpommern erfahren hat.

Ich will hier noch mal ganz deutlich sagen: Wir dürfen uns nicht in dieses Gut und Böse-Schema hineinpressen lassen. Das heißt konkret: Auf die plumpen politischen Angriffe dürfen wir nicht plump-politisch reagieren und in eine Verteidigungshaltung zur DDR erstarren unter der Überschrift „Viele Dinge sind heute so schlecht, da kann man die Fehler der DDR schon irgendwie entschuldigen.“ Wir als demokratische Sozialisten können und dürfen nie akzeptieren, dass soziale Sicherheit als Begründung für die Ausschaltung von Grundrechten akzeptiert wird. Freiheit und Sozialismus bedeutet für uns die Vereinigung von Freiheit und sozialer Gerechtigkeit. Das sind unsere Maßstäbe und vor diesem Maßstab kritisieren wir die DDR grundsätzlich.

Allerdings werden wir uns immer für eine differenzierte Betrachtung einsetzen und wir werden auch immer akzeptieren, dass unterschiedliche Biografien in der DDR heute zu unterschiedlichen Bewertungen führen. Wir wehren uns jedoch dagegen, die gesamte Bevölkerung der DDR in Täter und Opfer einzuteilen und genau das macht der Begriff des Unrechtstaates.

Friedrich Schorlemmer hat vor nicht allzu langer Zeit in einem längeren Artikel diesen Zusammenhang überzeugend dargestellt. Vor allem die CDU versucht folgendes: Sie sagt den Menschen, ihr habt zwar in einem verurteilwürdigen Unrechtsstaat gelebt, aber ihr tragt dafür keinerlei Verantwortung, weil ihr mit Ausnahme einiger SED- und Stasi-Funktionäre, alle Opfer ward. Das hat mit der historischen Wahrheit nun gar nichts zu tun, denn ein Großteil der Menschen, die in der DDR lebten, haben sich keineswegs permanent als Opfer gefühlt. Sie waren sogar bereit, für dieses politische System tätig zu werden, durchaus aus unterschiedlichen Gründen. Immerhin waren 25 % der erwachsenen Bevölkerung Mitglied einer Blockpartei inkl. der SED. Aber 75 % waren es nicht, ohne dass sie alle politisch verfolgt worden wären. Und eine Mitgliedschaft in der SED oder der CDU war doch bitte sehr kein Akt des politischen Widerstandes, sondern war, wie auch immer motiviert, objektiv ein Beitrag dazu, das politische System der DDR zu stabilisieren. Insofern beinhaltet der Begriff Unrechtsstaat gleich zwei Fehlleistungen. Zum einen generalisiert er die reale Situation in der DDR auf völlig unzulässige Weise und zum anderen leugnet er die individuelle Verantwortung, aber auch die individuelle Lebensleistung eines jeden Einzelnen.

Liebe Genossinnen und Genossen, die PDS und auch jetzt DIE LINKE haben seit 1990 eine kritische, ja, manchmal auch schmerzvolle Aufarbeitung ihrer eigenen Geschichte nicht gescheut. Wir haben deshalb überhaupt keinen Grund, solchen Debatten in den nächsten Wochen aus dem Weg zu gehen. Das sind wir den Menschen in diesem Land schuldig, denen, die in der DDR wirklich unter Repressionen gelitten haben, aber auch denen, die sich durch den Begriff Unrechtsstaat und durch die tendenzielle Gleichsetzung von DDR und Nazidiktatur in ihrer Würde verletzt sehen. Wir werden vor allem nicht zulassen, dass die CDU, die im Osten Deutschlands aus zwei Blockparteien hervorgegangen ist, von der sich die eine die SED auf dem Lande nannte, in völliger Ignoranz ihrer eigene Geschichte und Verantwortung uns auf die moralische Anklagebank setzen will.

Ich will am Ende hier noch einmal betonen, die Reflektion der DDR-Geschichte ist mit Sicherheit das schlechteste aller Wahlkampfthemen. Es verhindert eine kritische Reflektion der eigenen Biografie genauso wie die Akzeptanz anderer Sichtweisen. Aber wir müssen uns darauf einstellen und ich bin mir sicher, wir werden auch diese Bewährungsprobe bestehen.

Liebe Genossinnen und Genossen, das Superwahljahr 2009 tritt in diesen Wochen in seine entscheidende Phase. DIE LINKE verkörpert die Hoffnung vieler Menschen in diesem Land auf eine sozial gerechte und solidarische Gesellschaft. Lasst uns die gesamte Kraft in den nächsten Wochen darauf konzentrieren, dieser Verantwortung gerecht zu werden. Dazu brauchen wir jede und jeden in unserer Partei. Lasst uns gemeinsam für den Erfolg kämpfen.

**Sperrfrist: Redebeginn!
Es gilt das gesprochene Wort!**